

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Doris Dialer

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) gehört zu den Gründungsorganen der EU und feiert im Jahr 2014 sein 56-jähriges Bestehen. Dennoch ist der EWSA in Deutschland ein eher „unbekanntes Wesen“. Dies verwundert, entsprechen doch seine Funktion und Zusammensetzung dem Gedanken der deutschen Sozialpartnerschaft. Darüber hinaus werden immer wieder Zweifel an der Sinnhaftigkeit des EWSA geäußert. Von den Europaabgeordneten Marine Le Pen (Front National) und Philip Claeys (Vlaams Belang) wurde im März 2014 ein Entschließungsantrag¹ zur Abschaffung desselben eingereicht, u.a. mit der Begründung, dass er Doppelarbeit leisten würde und Treffen von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen auch im Parlamentsgebäude stattfinden könnten.

Berater und Botschafter der EU

Der EWSA ist nicht nur Beratungsorgan (Art. 300 Abs. 1 AEUV), sondern versteht sich – als einzig überparteiliches Organ der EU – vor allem als „Brücke zur organisierten Zivilgesellschaft“. Für den Franzosen Henri Malosse, der am 18. April 2013 sein zweieinhalbjähriges Mandat als 30. Präsident des EWSA antrat, hat ein stärkeres Mitspracherecht der Zivilgesellschaft im EU-Beschlussfassungsprozess oberste Priorität.

2013-2014 war das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger, wodurch die Tätigkeiten des EWSA stark in den Mittelpunkt rückten. Der 16. Europäische Verbraucherschutztag fand am 14. März 2014 zum Thema „Verbraucherschutz und soziale Inklusion in Zeiten der Krise“ in Thessaloniki statt. Am „Tag der Zivilgesellschaft“ am 18. März 2014 in Brüssel drehte sich alles um die bevorstehenden Europawahlen und die Wahlbeteiligung der Erstwähler. Ebenfalls im März konnte mit „Right2water“ die erste erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative mit 1,9 Mio. Unterschriften aus 13 Mitgliedstaaten der Kommission vorgelegt werden. Der EWSA setzt sich nachdrücklich für alle laufenden Bürgerinitiativen ein, indem er auf jeder seiner Plenartagungen eine Initiative vorstellt.

Die Beratungsfunktion des EWSA wird durch ein obligatorisches und fakultatives Anhörungsrecht (Art. 304 AEUV) wirksam. Neben den Stellungnahmen auf Antrag der Organe können auch eigene Initiativstellungnahmen abgegeben werden. Im Zeitraum Juli 2013 bis Juli 2014 fanden 10 EWSA-Plenartagungen² statt, es wurden rund 2.000 Sitzungen abgehalten sowie knapp 200 Stellungnahmen abgegeben und im Amtsblatt der EU veröffentlicht. Die insgesamt 25 Initiativstellungnahmen sind vorwiegend dem Bereich Soziales, Beschäftigung und Verbraucherschutz zuzuordnen, wobei die 10 Sondierungsstellungnahmen zu über 90% in den Bereich Außenbeziehungen (der Großteil wurde vom litauischen Ratsvorsitz und der

1 Entwurf einer Entschließung, B7-0272/2014, Dok. PE 529.674v01-00 v. 17.3.2014.

2 491. Plenartagung 10./11. Juli 2013, 492. Plenartagung 18./19. September 2013, 493. Plenartagung 16./17. Oktober 2013, 494. Plenartagung 10./11. Dezember 2013, 495. Plenartagung 21./22. Januar 2014, 496. Plenartagung Februar 26./27. 2014, 497. Plenartagung 25./26. März 2014, 498. Plenartagung 29./30. April 2014, 499. Plenartagung 4./5. Juni 2014, 500. Plenartagung 2014 9./10. Juli 2014.

Kommission in Auftrag gegeben) fallen. Aus den von der Kommission veröffentlichten Vierteljahresberichten geht hervor, in welchem Ausmaß die EWSA-Stellungnahmen Berücksichtigung finden. In jenen Politikbereichen, in denen dem EWSA eine hohe Expertise zugerechnet wird (z.B. Beschäftigung und Soziales), gelingt es – wenn die Stellungnahmen in einem sehr frühen Stadium eingebracht werden – den Legislativprozess zu beeinflussen.

Die Vorbereitung der Stellungnahmen erfolgt in sechs Fachgruppen, welche die wichtigsten Tätigkeitsbereiche von Wirtschaft über Soziales, Verkehr, Umwelt, Energie, Beschäftigung, Landwirtschaft, Binnenmarkt bis hin zu den Außenbeziehungen abdecken. Weiters verfügt der EWSA über eine Beratende Kommission für den industriellen Wandel und über drei Beobachtungsstellen – für den Binnenmarkt, den Arbeitsmarkt und die nachhaltige Entwicklung – sowie einen Lenkungsausschuss zur Unterstützung der Europa-2020-Strategie für Wachstum und Beschäftigung.

Beitritt Kroatiens

Im Juli 2013 trat Kroatien als 28. Mitglied der EU bei, wodurch die Mitgliederzahl des EWSA von 344 auf 353 anstieg. Mit Artikel 7 des Protokolls (Nr. 36) über die Übergangsbestimmungen war „bis zum Inkrafttreten des Beschlusses nach Artikel 301“ AEUV die zuvor in Artikel 258 EG-Vertrag festgelegte Zusammensetzung des Ausschusses beibehalten worden.³

Jeweils drei der kroatischen Mitglieder gehören der Gruppe I Arbeitgeber, der Gruppe II Arbeitnehmer und der Gruppe III Verschiedene Interessen (Freie Berufe, Land- und Forstwirte, Vertreter des Verbraucher- und Naturschutzes sowie der Wissenschaft) an. Bereits im Dezember 2006 wurde der „Gemischte Beratende Ausschuss EU-Kroatien“ gegründet, der u.a. die neuen Mitglieder aus Kroatien auf ihre Aufgaben im EWSA vorbereitete. Mit Bezug auf künftige Beitritte verabschiedete der EWSA in seiner feierlich begangenen 500. Plenartagung am 9./10. Juli 2014 die Initiativstellungnahme „Mehr Transparenz und Teilhabe im EU-Beitrittsprozess“.⁴

Arbeitsschwerpunkte

Am 1. Juli 2013 übernahm Litauen erstmals den EU-Ratsvorsitz. Unter den 500 Themen, die es auf seiner ambitionierten Agenda hatte, stand die Energieversorgungssicherheit ganz oben. Hier fordert der EWSA einen europäischen Energiedialog unter Einbindung zivilgesellschaftlicher Netzwerke. Der EWSA übernahm u.a. die drei geostrategischen Prioritäten des Ostseerainers, nämlich die Östliche Partnerschaft, die Strategie für den Ostseeraum und die Verbesserung des Grenzschutzes; doch bereits mit Blick auf die Europawahlen 2014 lag der Schwerpunkt auf der Wiederherstellung des Vertrauens der Bürger in die EU.⁵

Die Fachgruppe Wirtschafts- und Währungsunion, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt (ECO) organisierte am 5. Dezember 2013 eine öffentliche Anhörung, an der sich auch Vertreter des Parlaments und der Kommission beteiligten, um den sozialen Dialog zu vertiefen und die künftige Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion in den folgenden vier Bereichen zu verbessern: Bankenunion, wirtschaftspolitische Steuerung, Fiskalpolitik und politische Integration. Im Vorfeld wurde der ausgehandelte Mehr-

3 Sitzverteilung Mandatsperiode (2010-2015): 24 = Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien; 21 = Polen, Spanien; 15 = Rumänien; 12 = Belgien, Griechenland, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Tschechien, Ungarn, Bulgarien; 9 = Dänemark, Finnland, Irland, Litauen, Slowakei, Kroatien; 7 = Estland, Lettland, Slowenien; 6 = Luxemburg, Zypern; 5 = Malta (Stand: Juli 2014).

4 Initiativstellungnahme REX/401 – EESC-2014-01609-00-00-AC-TRA 1/11 – Brüssel, den 10. Juli 2014.

5 Prioritäten des EWSA während des litauischen Ratsvorsitzes Juli – Dezember (EESC-2013-53-DE).

jährige Finanzrahmen 2014-2020 von Hans-Joachim Wilms, Vizepräsident des EWSA und zuständig für Haushalt, als „beschämender Minimalkonsens“ kritisiert.⁶

Griechenland übernahm am 1. Januar 2014 zum fünften Mal den Ratsvorsitz. Der EWSA setzte sich diesbezüglich folgende Schwerpunkte: 1) Rückbesinnung auf die Realwirtschaft („Reindustrialisierung“), 2) Annäherung der Sozial- und Fiskalsysteme, 3) Hoffnung für junge Menschen („Beschäftigungspolitik“), 4) regional ausgewogene Entwicklung, 5) Energiewende als Wettbewerbsvorteil und 6) eine menschliche Einwanderungspolitik.⁷ Im November 2013 wurde der EWSA im Zuge der Vorbereitungen des Ratsvorsitzes zu einer öffentlichen Anhörung ins griechische Parlament geladen. Es wurden insbesondere die sozioökonomischen Kosten (z.B. Arbeitslosigkeit) der Krise diskutiert. Gleichzeitig fand ein Gipfeltreffen der Wirtschafts- und Sozialräte der Union für den Mittelmeerraum mit mehr als 120 Vertretern aus 14 Ländern statt. Der griechische EU-Ratsvorsitz ersuchte im Dezember 2013 den EWSA um eine Sondierungsstellungnahme zur „Europäische Einwanderungspolitik und Beziehungen zu Drittstaaten“,⁸ die am 12. Juni 2014 von der Fachgruppe Außenbeziehungen angenommen wurde.

In seiner Stellungnahme „Eine stärkere europäische Industrie bringt Wachstum und wirtschaftliche Erholung“ fordert der EWSA eine europäische Reindustrialisierung. Allerdings ist – außer in Deutschland – die industrielle Produktion in Europa rückläufig. Besonders hart hat es dabei die europäische Stahlindustrie getroffen. Nach Meinung des EWSA greift der Aktionsplan der Kommission hier zu kurz. Die Automobilindustrie ist ein starker Motor für die europäische Wirtschaft. Hier fordert der EWSA eine detailliertere Darlegung der Umstrukturierungspläne der Kommission.⁹ Auch zur Bekämpfung der Schattenwirtschaft gab der EWSA eine Stellungnahme ab.¹⁰

Ein Aktionsplan für Europa¹¹

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss verabschiedete auf seiner Plenartagung im April 2014 den „Aktionsplan für Europa. Fünf Jahre zur Rettung der Union“, der auf einer Wirtschaftsunion, einer Sozialunion und einer Demokratie- und Bürgerunion basiert. Es wird insgesamt eine engere Teilhabe der Zivilgesellschaft an den Instrumenten der wirtschaftspolitischen Steuerung gefordert.¹² Weitere Forderungen umfassen die Schaffung einer europäischen Arbeitslosenversicherung, die Stärkung der Verbraucherrechte, eine EU-Schuldenpolitik, eine nachhaltige Energie-, Dienstleistungs- und Industriepolitik, Anstrengungen in Richtung kohärente Haushalts- und Fiskalunion sowie die Umsetzung einer wirtschaftspolitischen Ex-ante-Koordinierung.

Der EWSA fordert die EU-Organe auf, eine Sozialunion zu entwickeln, die u.a. eine neue Europäische Sozialagenda und eine EU-Agenda für „Arbeit 4.0“ schafft, Normen für ein Mindesteinkommen festlegt,¹³ Perspektiven für junge Menschen („Jugendbeschäftigungsfonds“) entwickelt und ein Protokoll über sozialen Fortschritt in den Verträgen ver-

6 EWSA-Info – Oktober 2013/8 – Sonderausgabe „Mehrfähriger Finanzrahmen 2014-2010“; EWSA-Stellungnahme ECO/308 „Haushalt 2014-2020“ – CESE 1299/2012, 24. Mai 2012.

7 Prioritäten des EWSA während des griechischen Ratsvorsitzes Januar – Juni 2014 (EESC-2013-72-DE).

8 REX/398 – EESC-2014-00873-00-00-AC-TRA, Brüssel, den 9. Juli 2014.

9 Aktionsplan CARS 2020 der Kommission (COM(2012) 636final).

10 EWSA info – Februar 2014/2 Sonderausgabe.

11 EWSA (April 2014), EESC-2014-17-DE.

12 Stellungnahme zur Mitteilung der Kommission – Jahreswachstumsbericht 2014 vom 26. Feb. 2014 – EUR/006-CESE 7466/2013.

13 Siehe Stellungnahme zum Thema Europäisches Mindesteinkommen und Armutsindikatoren vom 10. Dez. 2013 – SOC/482 – CESE 1960/2013.

ankert. Zudem drängt der EWSA auf den Aufbau eines bürgerschaftlichen Europas und die Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit. Zu diesem Zweck wird u.a. die Ausrichtung eines Europäischen Konvents (2015) für partizipative Demokratie und aktive Bürgerschaft gefordert sowie bessere Konsultationsmechanismen bzw. die Vorlage eines Grünbuchs der Kommission zum zivilen Dialog.

Verstärkte Kooperation

Um Ressourcen zu sparen, werden Übersetzerdienste, Büro- und Tagungsräume mit den anderen EU-Institutionen gemeinsam genutzt und mit dem Ausschuss der Regionen (dem zweiten Beratungsorgan der EU), der sich im selben Gebäude befindet, eng kooperiert.

Als Mittler zwischen den Organisationen der Zivilgesellschaft und den EU-Institutionen (Art. 13 EUV) kommt dem EWSA eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung der Bestimmungen von Art. 11 EUV zu. Darin werden die Organe der EU angehalten, „einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den (...) Verbänden und der Zivilgesellschaft“ zu pflegen. Im Februar 2012 hat die Europäische Kommission ein überarbeitetes Protokoll¹⁴ über die verstärkte Zusammenarbeit mit dem EWSA unterzeichnet. Jeweils im ersten Halbjahr gibt der EWSA seine Prioritäten im Zusammenhang mit dem Arbeitsprogramm der Kommission für das kommende Jahr bekannt. Mitglieder der Kommission sind aufgefordert, nach Maßgabe der Dossiers an den Sitzungen der Fachgruppen sowie an den EWSA-Plenartagungen teilzunehmen und können darum ersuchen, gehört zu werden. So nahmen beispielsweise Kommissionspräsident Manuel Barroso, der „Gesundheitskommissar“ Toni Borg und Christine Lagarde, Generaldirektorin des Internationalen Währungsfonds (IWF), an einer Plenarsitzung teil.

Ganz im Geiste dieses Kooperationsgedanken luden die Kommission, der EWSA und die Stadt Straßburg am 16./17. Januar 2014 zu einer Großveranstaltung (mehr als 2.000 TeilnehmerInnen) zum Thema „SozialunternehmerInnen: Ihre Meinung zählt!“.

In seinem politischen Programm hat es sich EWSA-Präsident Henri Malosse zum Ziel gesetzt, vor allem die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und dem EWSA zu vertiefen. Stellungnahmen gehören zu den wichtigsten Aspekten der Zusammenarbeit zwischen den Institutionen. Ebenso bedeutend ist jedoch die Pflege von Kontakten. Seit Juni 2013 ist der EWSA während der Plenartagungen in Straßburg vertreten. Parlamentspräsident Martin Schulz stellte ein ständiges Büro in unmittelbarer Nähe des Plenarsaals zur Verfügung sowie zwei Plätze im Plenarsaal. Ende November 2013 fand in Brüssel zum siebten Mal das EWSA-Medienseminar der Zivilgesellschaft in Kooperation mit dem Europäischen Parlament statt.

Am 5. Februar 2014 haben Parlamentspräsident Martin Schulz, Henri Malosse und Ramon Lis Valcarcel Siso, Präsident des Ausschusses der Regionen, in Straßburg ein historisches Kooperationsabkommen unterzeichnet, um die „Bürgersäule“ durch eine frühzeitigere Einbindung in den Rechtssetzungsprozess und mehr Sichtbarkeit zu stärken.

Weiterführende Literatur

Roberto Hayder: Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) – eine unterschätzte EU-Institution, in: Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht, 21. Jg., 5/2010, S. 171-176.

Christoph Hönnige/Diana Panke: The Committee of the Regions and the Economic and Social Committee: How Influential are Consultative Committees in the European Union?, in: Journal of Common Market Studies 2013, Vol. 51, No. 3, S. 452-471.

14 Interinstitutionelle Vereinbarung, Amtsblatt der Europäischen Union, 2012/C 102/01.